

SPD Sozialdemokratischer pressediens

P/XXVII/213

6. November 1972

Ein Friedenwerk von Kardinalien Wert

Vor der Veröffentlichung des deutschen
"Grundvertrages"

Seite 1 / 35 Zeilen

Finanzexperte Strauß gegen Wahlagitator
Strauß

Der CSU-Vorsitzende disqualifiziert sich
selbst

Seite 2 und 3 / 102 Zeilen

Sicherheit und Entspannung sichern den
Frieden

Sozialdemokratische Verteidigungspolitik in
den 70er Jahren

Seite 4 / 46 Zeilen

Voller Einsatz für den Bürger

Großer Erfolg der Wohnungs- und Städtebau-
politik

Von Dr. Lauritz Lauritzen
Bundesminister für Städtebau und Wohnungswesen

Seite 5 und 6 / 74 Zeilen

-
- * Wir beginnen heute mit dem zwanglosen
 - * Abdruck einer Serie "Rückblick und Aus-
 - * blick", in der die sozialdemokratischen
 - * Bundesminister über ihre bisherige Tätig-
 - * keit und ihre Arbeitspläne berichten.

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressehaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 60 37-38
Telex: 866 846 / 888 847
888 846 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Ein Friedenswerk von kardinalem Wert

Vor der Veröffentlichung des deutschen "Grundvertrages"

Die für Dienstag eingeplante umfassende Unterrichtung der gesamten Öffentlichkeit der Bundesrepublik über Vorgeschichte, Form, Inhalt und sämtliche sonstigen wissenswerten Einzelheiten des "Grundvertrages zwischen BRD und DDR" erfolgt ohne Rücksicht auf die Tatsache, ob der Vertragsentwurf bis zu diesem Zeitpunkt von den Beauftragten der Regierungen in Bonn und Ostberlin, den beiden Staatssekretären Egon Bahr und Dr. Michael Kohl, unterzeichnet werden konnte oder nicht. Nach Lage der Dinge kann angenommen werden, daß die Unterzeichnung rechtzeitig vor der Öffentlichkeitsunterrichtung erfolgt ist. Die wesentliche Rückendeckung für den positiven Verhandlungsabschluß liegt seit dem Wochenende vor: Die Bekundung des Willens der vier ehemaligen Siegermächte USA, Großbritannien, Frankreich und UdSSR, daß ihre Verantwortung für Deutschland als Ganzes und Berlin ungeachtet dieses deutsch-deutschen Vertrages und ungeachtet der Aufnahme der beiden deutschen Staaten in die UNO ungeschmälert erhalten bleibt.

Zu dem Gang der Verhandlungen über den "Grundvertrag" und über den Inhalt und die Bedeutung dieses BRD-DDR-Vertragswerkes wird zu sprechen sein, sobald am Dienstag der Text der Abmachung vorliegt. Im Vorgriff kann aber bereits jetzt festgestellt werden, daß die Publikumsunterrichtung über den "Grundvertrag" die bemerkenswerte Möglichkeit gibt, jeder Wählerin und jedem Wähler den gesamten Komplex so detailliert zur Kenntnis zu bringen, daß sie die prinzipielle und die praktische Bedeutung des Vertrags selbst voll erkennen können. Dieser außerordentliche Informationsstand wird Wählerinnen und Wähler in die Lage versetzen, daß sie bei ihrem Votum vom 19. November zugleich auch über dieses Vertragswerk entscheiden können, daß die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten endlich normalisiert und klärt.

Der "Grundvertrag" zwischen Bonn und Ostberlin ist nicht nur von kardinalem deutschen Wert, er wird auch in die Friedenssicherung in Mitteleuropa und in Europa insgesamt einen tragfesten Stein einfügen: Die weltweite Bedeutung des Vorganges ist also allgemein erkennbar. Dieses Tatbestands wird sich jeder Bundesdeutsche stets bewußt sein müssen. (cc/6.11.1972/ks/cc)

Finanzexperte Strauß gegen Wahlagitator Strauß

Der CSU-Vorsitzende disqualifiziert sich selbst

Nachdem der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß bereits als Außen- und Verteidigungspolitiker die Segel streichen mußte, hat er es nun auch geschafft, sich als Finanzpolitiker endgültig zu disqualifizieren. Denn während er und seine Freunde im Lande die Stabilitätsfanfare erklingen lassen und behaupten, sie würden durch konsequente Haushaltskürzungen die Preisstabilität binnen Kürze zurückzugewinnen, verkündet gleichzeitig die von CDU und CSU ohne jeden erkennbaren Protest ihres Finanzexperten Franz Josef Strauß lauthals Wahlprogramme, die zu Belastungen bzw. Steuerausfällen in Milliardenhöhe für die Haushalte von Bund, Länder und Gemeinden führen. Einige Beispiele seien genannt:

1/ Der Vermögensplan der CDU/CSU, der sog. "Buzgacher-Plan", würde die Staatsfinanzen bereits im ersten Jahr seiner Verwirklichung mit rund 5,5 Milliarden DM belasten.

2/ Für die Landwirtschaft fordert der Agrarexperte der CDU, Bewerunge, zusätzliche Subventionen, die rund 1,8 Milliarden DM kosten würden.

3/ Das CDU/CSU-Mittelstandsprogramm führt zu Steuerausfällen von rund 12,4 Milliarden DM.

Wie doppelzünftig dabei die Wahlaussagen der führenden Köpfe von CDU und CSU sind, wird daran deutlich, daß sie behaupten, sie könnten die Frage, wo Haushaltskürzungen vorgenommen werden sollen, noch nicht beantworten, weil ihnen genaue Zahlenangaben über die künftige Haushaltsplanung fehlen. Gleichzeitig werden aber von den gleichen "Unions"-Politikern in einem Milliardenrausch fast allen Bevölkerungsschichten Versprechungen gemacht, die zu enormen Haushaltsbelastungen führen. Allein diese Tatsache beweist, daß CDU und CSU in ihrer dreijährigen Oppositionszeit nichts hinzugelernt haben und daher auch nicht regierungsfähig sind.

Dies bestätigt auch eine Analyse der bis Ende dieser Wahlperiode von den "Unions"-Fraktionen noch eingebrachten haushaltswirksamen Gesetzentwürfe. Allein im Rechnungsjahr 1972 hätten sie den Bundeshaushalt mit rund 1,9 Milliarden DM belastet. Fortgeschrieben auf das Rechnungsjahr 1975 bedeutet dies, daß die "Unions" Gesetzentwürfe für den Bund im Finanzplanungszeitraum 1972 bis 1975 zu Belastungen von nicht weniger als 14,7 Milliarden DM geführt hätten.

So also sehen die Tatsachen der von der CDU/CSU propagierten soliden und stabilitätsbewußten Finanzpolitik aus. Stabilität erreicht man jedoch nicht durch eine Gefälligkeitspolitik nach dem Motto "wie es euch gefällt", sondern nur durch eine zielstrebige Stabilitätspolitik wie sie die Regierung Brandt/Scheel national wie international verfolgt.

Da sich Franz Josef Strauß aber gern wissenschaftlich fundierte und auf Erfahrungen beruhende Erkenntnisse zu eigen macht, seien ihm die nachstehenden Ausführungen eines ehemaligen Finanzministers ins Stammbuch geschrieben:

"Die rechtlichen und faktischen Möglichkeiten einer konjunkturpolitischen Drosselung der Ausgaben sind jedoch in den meisten

Haushaltsbereichen eng begrenzt. Die großen, infolge rechtlicher Bindungen oder politischer Verpflichtungen weitgehend 'starrten' Ausgabenblöcke der Verteidigungsausgaben, Sozialleistungen, Wiedergutmachung und Kriegsfolgelasten, Ausgaben für das Schul- und Bildungswesen, für öffentliche Ordnung und Sicherheit und dgl. lassen sich nicht in konjunkturrell wünschenswerter Weise gestalten... Politisch undurchführbar erscheint auch eine antizyklische Gestaltung der öffentlichen Personalausgaben in dem Sinne, daß in der Hochkonjunktur keine, in der Rezession dafür kräftige Tarif- und Besoldungserhöhungen und umfangreiche Personaleinstellungen vorgenommen werden. Der konjunkturpolitische Aktionsspielraum der öffentlichen Ausgaben liegt deshalb im wesentlichen auf dem Gebiet der öffentlichen Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen. Wenigstens stehen ihrer Drosselung in der Hochkonjunktur nicht durchweg sehr enge gesetzliche, vertragliche oder politische Hindernisse entgegen... Selbst im Bereich der öffentlichen Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen sind jedoch einer Ausgabeneinschränkung in Zeiten konjunktureller Spannungen recht enge Grenzen gezogen. Man muß sich in dieser Hinsicht den gewaltigen Bedarf vor Augen halten, dem sich die öffentliche Hand heute auf den verschiedensten Gebieten der Infrastruktur gegenübersteht. Eine stärkere Drosselung der zu seiner Befriedigung erforderlichen Investitionen im Verkehrs-, Gesundheits-, Schul und Bildungswesen, auf dem Gebiet der öffentlichen Versorgungseinrichtungen und dgl. würde zwangsläufig zu Engpässen und damit zu einer Verlangsamung des wirtschaftlichen Wachstums führen. Der wissenschaftlich-technische Vorsprung der beiden Weltmächte zwingt zu gewaltigen Anstrengungen im Bereich der Förderung von Wissenschaft und Forschung einschließlich des Neu- und Ausbaus von wissenschaftlichen Hochschulen, sofern die Bundesrepublik ihre derzeitige wirtschaftliche Position in der Welt behaupten und sich in zunehmendem Maße auch politisches Gewicht verschaffen will".

Sicher bemerkenswerte Sätze, die jeder verantwortungsbewußte Finanzpolitiker unterschreiben kann. Wenn man jedoch weiß, daß niemand geringerer als Franz Josef Strauß diese Auslassungen in seinem Buch "Finanzpolitik-Theorie und Wirklichkeit" im Jahre 1969 (vgl. S. 19 und 20) machte, fragte man sich angesichts der Aussagen im Wahlkampf, ob er inzwischen seine eigenen Erkenntnisse und Aussagen vergessen hat. Wahrscheinlicher dürfte jedoch sein, daß er genau weiß, was er tut. Denn in seinem Buch beurteilt er sehr genau die Strategie der CDU/CSU im gegenwärtigen Wahlkampf (vgl. S. 31):

"Man kann einem Volke, auch wenn es ihm gut geht, die Gegenwart als schwer erträglich und durch düstere Prophezeiungen die Zukunft als gefährdet und katastrophengeladen vorgaukeln, bis sogar Anwendungen von Hysterie auftreten und durch Angstreaktionen erst die Gefahren heraufbeschworen werden, vor denen angeblich nur gewarnt werden soll. Dazu gehört auch der leichtfertige, das Gesetz der Dimension verletzende Gebrauch der Begriffe 'Krise', 'Depression', 'Inflation', u.ä."

Nach diesen markanten Worten, die für sich selbst sprechen, bleibt nur eine Frage offen: Woher nimmt Franz Josef Strauß eigentlich den Mut, sich als Finanzminister zu empfehlen?

Dr. Hubert Voigtländer
(-/6.11.1972/Xs/ey/ee)

Sicherheit und Entspannung dienen dem Frieden

Sozialdemokratische Verteidigungspolitik in den 70er Jahren

Für Sozialdemokraten sind Sicherheits- und Entspannungsbe-
mühungen zwei voneinander abhängige Komponenten, die - nur
zusammen gesehen - dem Frieden dienen. Diese Feststellung war das
eindrucksvolle Fazit der Wehrpolitischen Informationstagung der
SPD in Koblenz. Bundesverteidigungsminister Georg Leber fand die
Zustimmung des ganzen Plenums mit dem Hinweis, daß die NATO und
der Beitrag der Bundesrepublik zu diesem Bündnis gerade dann ihren
Sinn nicht verlieren, wenn in der Welt über den Abbau der Span-
nungen gesprochen werde.

Entspannungsbestrebungen sind nicht möglich ohne eine feste
Position, die sich auf die Kraft des Bündnisses und die Substanz
seines Abschreckungs-Potentials beziehen kann. Die Bundesrepub-
lik muß also alles tun, um auch in Zukunft zum notwendigen mi-
litärischen Gleichgewicht beizutragen. Die SPD wird an der Sub-
stanz und an der Präsenz des NATO-Beitrags nicht rütteln lassen.
Die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik muß in der Atlantik-
schen Allianz verankert bleiben. Einem gleichwertigen und gleich-
zeitigen Truppenabbau in Ost- und West müssen vertrauensbildende
Maßnahmen vorausgehen. Etwas die vorherige Bekanntgabe von Truppen-
verschiebungen, der Austausch von Manöver-Beobachtern und eine Be-
grenzung militärischer Bewegungen. Erst danach kann das eigent-
liche Thema beiderseitiger und ausgewogener Truppen-Reduzierungen
aufgegriffen werden.

Nicht ohne Stolz wurde in Koblenz auf die Erfolge der sozial-
demokratischen Verteidigungsminister hingewiesen, auf Erfolge,
die nur weitergeführt und ausgebaut werden können, wenn die SPD
auch nach dem 19. November gemeinsam mit der FDP die Regierungsg-
emannschaft stellt. Unter der sozialliberalen Bundesregierung ist
der Grundsatz "Verteidigung und Entspannung" nicht Theorie ge-
blieben, sondern mit konkreter Politik ausgefüllt worden. Das
Bündnis zwischen den Vereinigten Staaten und Westeuropa ist heute
fester als zuvor, und die Sicherheitspolitik der Bundesregierung
hat bewirkt, daß das Gleichgewicht der Kräfte in Europa durch
die Verträge mit Moskau und Warschau um das Element des verain-
barten Gewaltverzichts stabiler geworden ist.

Ein weiteres sichtbares Zeichen sozialdemokratischer Sicher-
heitspolitik ist auch die Tatsache, daß die Bundeswehr mit 500.000
Soldaten und 180.000 zivilen Mitarbeitern erstmalig ihren im
Haushaltsplan festgelegten Umfang erreicht hat. Die Personalstruk-
tur wurde auch in den letzten drei Jahren qualitativ erheblich
verbessert. Hier muß aber trotzdem zügig weitergearbeitet werden.
Vorrangige Aufgaben sozialdemokratischer Verteidigungspolitik
werden die Entscheidung über die Wehrstruktur, die weitere Neu-
ordnung der Ausbildung und Bildung sowie weitere Maßnahmen im
Zusammenhang mit der Personalstruktur der Bundeswehr sein. Maß-
nahmen, die unter CDU-Regierungen grüßlich vernachlässigt wurden
und nur - wie die letzten drei Jahre gezeigt haben - von Sozial-
demokraten gemeistert werden können.

Gode Japs
(-/6.11.1972/dgy/ja)

Voller Einsatz für den Bürger

Großer Erfolg der Wohnungs- und Städtebaupolitik

Von Dr. Lauritz Lauritzen

Bundesminister für Städtebau und Wohnungswesen

Die Reformpolitik der von Willy Brandt geführten Bundesregierung hat der Städtebau- und Wohnungsbaupolitik einen neuen Stellenwert gegeben und sie in das Zentrum der Gesellschaftspolitik gerückt. Wohnungs- und Städtebaupolitik liegen im Aufwind, und darum bin ich sehr froh, daß die Bundesregierung eine Bilanz dieser Legislaturperiode aufzuweisen hat, die sich sehen lassen kann. In der Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 wurde für das Gebiet der Wohnungs- und Städtebaupolitik die Aufgabe gestellt, ein langfristiges Programm für den sozialen Wohnungsbau zu entwickeln, das Wohngeldgesetz zu verbessern und mit dem Städtebauförderungsgesetz die überfällige Reform des Städtebaurechts einzuleiten. Dieses Programm war bereits zur Mitte der Legislaturperiode erfüllt.

Der Wohnungsbau hat 1971 und 1972, das weisen die Ergebnisse der Fertigstellungen und der erteilten Baugenehmigungen deutlich aus, einen außerordentlichen Aufschwung genommen. Der soziale Wohnungsbau ist aus seinem Schattendasein herausgeführt worden und hat wieder den Stellenwert erhalten, der ihm gebührt. Die Grundlage dazu bildet das 1971 angelaufene "Langfristige Wohnungsbauprogramm", das die Förderungsarten modifiziert und stärker als jemals zuvor auf die sich aus vorhandenen Sachzwängen ergebenden Prioritäten abhebt. Die gesetzliche Grundlage für die Abwicklung dieses Programms wurde durch das Wohnungsbauänderungsgesetz 1971 geschaffen, das am 1. Januar 1972 in Kraft trat.

Neben dieser Förderung einer besseren Wohnungsversorgung ist seit dem 1. Januar 1971 bereits das Wohngeld in seiner Anwendungsmöglichkeit vereinfacht und finanziell ausgeweitet, um die wirtschaftliche Sicherung der Bürger im Besitz ihrer Wohnung zu stärken.

Darüber hinaus ist es 1971 durch die beiden Gesetze zur Verbesserung des Mietrechts und über den Kündigungsschutz gelungen, die rechtliche Position des Mieters zu stärken, um ihn so vor unerbätlichen Folgen der noch angespannten Marktsituation zu schützen.

Im städtebaulichen Bereich hat das im August 1971 in Kraft getretene Städtebauförderungsgesetz einen ersten großen Fort-

schritt für die Städte und Gemeinden gebracht.

Mehr als 300 städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen wurden mit finanzieller Unterstützung des Bundes auf der Grundlage dieses Gesetzes in Gang gesetzt.

Der in der Regierungserklärung von 1969 geforderte Städtebaubericht ist bereits im Dezember 1970 vorgelegt worden.

Für die so dringend notwendige Rationalisierung im Wohnungsbau schließlich konnten durch die Herausgabe eines Rationalisierungskatalogs und durch die großen Wettbewerbe "Flexible Wohngrundrisse" und "Elementa" neue Grundlagen geschaffen werden.

Dieser Erfolg bedeutet aber nicht Stillstand. Vielmehr muß nun die Realisierung weiterer Ziele in Angriff genommen werden. Dazu gehören die fortschreitende Erneuerung des Bodenrechts sowie die Vereinfachung der komplizierten Materie der Wohnungsbaugesetze. Ein Gesetz zur Sicherung gesunder Wohnverhältnisse soll in Ergänzung zum Städtebauförderungsgesetz die Möglichkeit schaffen, menschenunwürdige Wohnungen, die gesetzlichen Mindestanforderungen nicht entsprechen, künftig für unbewohnbar zu erklären.

Durch ein "Gesetz zur Förderung von Wohnungseigentum und Wohnbesitz", das vom Bundeskabinett bereits verabschiedet ist, werden wir vor allem auch den Beziehern niedriger und mittlerer Einkommen verbesserte Chancen zur Vermögensbildung im Wohnungsbau schaffen. Dies ist ein volles Programm für die neue Legislaturperiode, ein Programm, das nur von denen realisiert werden kann, die in den letzten Jahren Wohnungs- und Städtebaupolitik auf eine ganz neue Grundlage gestellt haben.

Die CDU/CSU, deren Rolle in der hinter uns liegenden Legislaturperiode nur darin bestand, zu bremsen oder einfach nein zu sagen, ist dazu nicht in der Lage. Es steht im Gegenteil zu befürchten, daß sie versuchen würde, das Rad der Entwicklung zurückzudrehen. Für uns Sozialdemokraten bedeutet Städtebau- und Wohnungsbaupolitik Politik für den Bürger, der der Hilfe des Staates bedarf, bedeutet handeln und nicht nur reden, bedeutet gerechte Interessenabwägung. Der Bau humaner Städte und angemessene Wohnbedingungen für alle Bürger ohne Unterschied, dafür werden wir uns auch in der Zukunft so einsetzen, wie wir es in der Vergangenheit getan haben. (-/)